

PRESSEERKLÄRUNG

Presserat

Zentralrat Deutscher Sinti und Roma reicht 52 Beschwerden ein

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma reicht morgen beim Deutschen Presserat in Bonn 52 Beschwerden gegen Zeitungsartikel aus den letzten zwölf Monaten ein. In den 52 Artikeln werden Beschuldigte als Minderheitenangehörige gekennzeichnet, obwohl es für das Verständnis des berichteten Tathergangs nicht erforderlich ist. Die Artikel verstoßen gegen Richtlinie 12.1 des Presserats und schüren Hass und Vorurteile gegen Sinti und Roma. Der Zentralrat erinnert mit diesen Beschwerden an den 69. Jahrestag des Erlasses von Reichsinnenminister Frick vom **7. Dezember 1935**, mit dem er anordnete, "bei allen Mitteilungen an die Presse über Straftaten von Juden die Rassenzugehörigkeit hervorzuheben." Von den 52 Beschwerden richten sich sechs gegen das Boulevard-Blatt *BILD* (Vorjahr 10), gegen die *Offenbach-Post* sieben (Vorjahr 8) und gegen dpa wieder 13 Beschwerden.

Die Kennzeichnung Beschuldigter als Sinti, Roma, "Zigeuner" oder mit anderen Synonymen wie dem Nazi-Begriff "Landfahrer" in der Berichterstattung wird bis heute in den meisten Fällen von Behörden veranlasst. Neuerdings kennzeichnen Behörden Beschuldigte als angeblich "reisende Sippe", "gewöhnlich umherreisende Personengruppe" oder "mobile ethnische Minderheit". Damit lenken Behörden den Rassismus in der Bevölkerung auf Sinti und Roma. Um diese Kennzeichnungen zu verhindern, verlangt der Zentralrat ein Diskriminierungsverbot vor allem im Beamtenrecht ebenso wie im Presserecht. Manche Zeitungsredaktionen wollen nicht einsehen, warum sie die Minderheitenkennzeichnung Beschuldigter nicht übernehmen sollten, solange den Behörden dafür Tür und Tor geöffnet ist. Darüber spricht der Zentralratsvorsitzende Romani Rose am 14. bzw. 17. Dezember mit Bundesinnenminister Otto Schily und Bundesratspräsident Platzeck.

Der "Beratende Ausschuss des Europarats für das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten" kritisierte in seinem Bericht zu Deutschland vom 1. März 2000 sowohl die stigmatisierende Kennzeichnung von Sinti und Roma durch Behörden und Medien als auch die nicht funktionierende Selbstkontrolle des Deutschen Presserats. In ihrem neuesten Bericht über Deutschland stellte die "Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI)" am

8. Juni 2004 fest, "dass etliche Berichte in den Medien auch weiterhin die ethnische Herkunft von Straftätern und Beschuldigten angeben, ohne dass dies objektiv gesehen für die gemeldeten Tatsachen relevant ist." ECRI beanstandet, "dass sich die Lage in dieser Hinsicht nicht gebessert hat," trotz der Kritik des Zentralrats an der Behandlung von Beschwerden durch den Presserat.